

Dresdner Volkszeitung

Vollständig: Dresden
Reben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Kuntzsch, Dresden
und Sachliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleggeld mit den wöchentlichen Beleggen
Nach der Arbeit und „Voll und Voll“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Errech-
künde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für ausgedehnte An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelieferung 10 Pf.

Nr. 290

Dresden, Dienstag den 15. Dezember 1925

36. Jahrg.

Kochs Bemühungen

Der Sos. Pressedienst berichtet: Es ist endlich eine Persönlichkeit mit der Bildung des Kabinetts und somit verbindlichen Verhandlungen betraut worden. Diese Persönlichkeit ist der demokratische Führer Koch, der den Auftrag des Reichspräsidenten annahm, nachdem der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Herr Feilerbach, ihn abgelehnt hatte. Herr Koch hat sich gleich an die Arbeit gemacht und bereits am Montag Besprechungen mit den Fraktionsführern von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie gepflogen. Ein Ergebnis ist freilich, wie nicht anders zu erwarten war, bisher nicht erzielt worden.

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei bemüht sich natürlich um die Große Koalition. Scheitert er mit diesem Versuch, so wird er seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegen; denn eine andere Kombination kommt für ihn nicht in Frage. An sich ist Herr Koch, wenn überhaupt die Große Koalition ernstlich ins Auge gefasst wird, gewiss ein viel geeigneterer Vermittler, als es etwa Herr Feilerbach wäre. Aber für die Sozialdemokraten stehen zunächst ja nicht die personellen, sondern die sachlichen Fragen im Vordergrund, und sie verhandeln auf der Grundlage des von ihnen formulierten Programms, ganz gleichgültig, von wem die Initiative zu solchen Verhandlungen ausgeht.

Am Dienstag soll nun unter Vorsitz des Herrn Koch eine Konferenz der Vertreter der Fraktionen stattfinden, die für die Große Koalition in Betracht kommen. Wie man hört, beabsichtigt der vorläufige Kanzlerkandidat, auch seinerseits eine Art von Programm in Vorschlag zu bringen. Wie dem auch sei: die Sozialdemokratie hat ihre Forderungen formuliert und öffentlich bekanntgegeben. Jetzt ist es zunächst Sache der anderen, eine Antwort zu erteilen und zu sagen, wie sie zu den Problemen stehen, deren Erörterung wir als unbedingt erforderlich bezeichnet haben. Ihm es aber offen auszusprechen: Die Wahrscheinlichkeit einer Einigung ist angesichts der unzulässigen Haltung der Volkspartei sehr gering, und wie es heißt, ist man auch in der Umgebung des Reichspräsidenten recht skeptisch. Laufen die Dinge so wie man vorläufig noch erwarten muß, so ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen Herr Koch an die Stelle Kochs treten wird, um sein Glück auf einer anderen Basis als der der Großen Koalition zu versuchen.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung am Montag, jede Regierung zu unterstützen, die noch dem Programm und der Zusammensetzung

Gewähr dafür bietet, daß die Interessen des werktätigen Mittelstandes gebührende Berücksichtigung finden. Eine Vertiefung an der Regierung kommt für die Wirtschaftliche Vereinigung nicht in Frage.

Vor den interfraktionellen Besprechungen

D. Berlin, 15. Dezember. (Eig. Funkdruck.) Die interfraktionellen Besprechungen der für die Große Koalition in Frage kommenden Parteien beginnen wahrscheinlich heute gegen Mittag oder in den ersten Nachmittagsstunden. Inzwischen hat sich die Volkspartei in einer Fraktionsführung nochmals mit der Frage der Regierungsabstimmung beschäftigt und nach den in der Öffentlichkeit vorliegenden Nachrichten nicht mehr beschlossen, als bisher bekannt zum Beschluß erhoben war: sie ist mit dem Vorgehen des Fraktionsvorsitzenden einverstanden. Die heutigen interfraktionellen Verhandlungen dürften von der Sozialdemokratie in erster Linie dazu benutzt werden, endlich von der Volkspartei Klarheit zu verlangen. Das Zentrum scheint die Herren Volksparteier durch Feilerbach noch am Montag abend darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß ihre Wangenröte auf die Dauer untragbar ist. Unter anderem erklärte Feilerbach dem Abgeordneten Scholz, daß die Zentrumskolonie die Bildung der Großen Koalition für eine bringende Notwendigkeit halte und das Zentrum sich deshalb an keiner anderen Regierung beteiligen wird. Die Germania unterstreicht diese Auffassung in ihrer heutigen Morgenansprache in einer Polemik gegen die volksparteiische Köstliche Zeitung, die am Sonntag scheinbar für die Volkspartei klipp und klar den Wunsch nach dem Vorgehen der Großen Koalition zum Ausdruck gebracht hat.

Wenn auch eine Einigung über das Arbeitsprogramm einer Regierung der Großen Koalition noch nicht erfolgt ist und auf Grund der Haltung der Volkspartei wahrscheinlich nie zustande kommen wird, werden für eine Regierung Koch trotzdem bestimmte Minister genannt. Das Berliner Tageblatt spricht von dem „Kabinett der Reichshändler“, dessen wesentliche Ämter noch ehemaligen Reichsangehörigen besetzt werden sollen. So heißt es, daß Herrmann Müller das Amt des Reichsanwalters übernehmen soll, und für Dr. Böhmer, der gegenwärtig deutscher Gesandter in Belgien ist, das Innenministerium in Aussicht genommen ist. Es ist richtig, daß Dr. Koch persönlich den Wunsch der Schaffung eines Wirtschaftsministeriums hat, daß der Sozialdemokratie angeboten werden soll, aber solange über ein solches Programm keine Einigung zu erzielen ist, erscheint es überflüssig, sich über persönliche Dinge zu unterhalten, die morgen bereits Luft sein werden. Nebenbei ist zu hoffen, daß der neue Reichsanwalt als Wirtschaftsminister gewählt. Das bisherige Ernährungsministerium soll dann in dem Reichswirtschaftsministerium aufgehen.

Acht Stunden

Soll Deutschland ratifizieren?

Seit die Internationale Arbeitskonferenz zu Washington im November 1919 fast einstimmig das Abkommen über die achtstündige tägliche Arbeitszeit angenommen hat, ist von der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder immer wieder auf eine solche Ratifizierung hingewirkt worden. Die Beschlüsse vieler Kongresse, sowohl der Landeszentralen wie auch der Internationalen, zeugen für dieses Bestreben. Was demgegenüber an positiven Erfolgen bisher zu verzeichnen ist, scheint gering.

Die Schwierigkeiten liegen nicht zuletzt darin begründet, daß kein Land mit der Ratifizierung vorangehen will. Diese Schwierigkeiten können eigentlich dadurch als behoben gelten, daß das Abkommen Ratifikationen mit der Bedingung der Gegenseitigkeit unter verschiedenen Staaten vorzählt. Hingzu kommt aber die grundsätzliche Abneigung gegen eine internationale Bindung sozialpolitischer Natur. Demgegenüber stehen aber die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens keineswegs einen starren Achthundentag vor; sie kennen auch ganz wesentliche Ausnahmen. Auf der anderen Seite hat sich praktisch der Achthundentag in den meisten Industrieländern durchgesetzt. In Deutschland erwies sich durch die letzte Statistik des ILO (Erhebungswoche 3.—8. November 1924), daß in sieben Berufen (Baugewerbe, Buchdruckergewerbe, chemische Industrie, Holzgewerbe, Metallindustrie, Schuh- und Textilindustrie) und in 14 verschiedenen Wirtschaftsgebieten von je 100 der erfassten Betriebe und Beschäftigten länger als 48 Stunden arbeiteten:

über 48 Stunden		über 54 Stunden	
Betriebe:	Personen:	Betriebe:	Personen:
24,3	45,4	4,5	10,7

Damals also konnte bereits für mehr als die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft der Achthundentag bzw. die Achthundertachtzigstündige Woche als zurückgefallen gelten. Eine Umfrage vor kurzer Zeit ergab, daß inzwischen weitere Rückschlüsse zu ziehen zu verzeichnen sind. Man würde demgegenüber vielleicht einwenden, daß das Bild der Arbeitszeit in Deutschland durch die immer mehr grassierende Schwarzarbeit beeinflusst und entstellt wird. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß gerade bei der letzten Umfrage des ILO, die Befragungen der Arbeitszeit in Betracht gezogen wurden, die tariflich geregelt sind. Der Tarif regelt aber bekanntlich nur die volle Normalarbeitszeit.

Wenn heute nun in Deutschland von Arbeitnehmerseite mit besonderer Dringlichkeit die Forderung nach Befestigung der achtstündigen und ungenügenden Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 und nach Ratifizierung des Washingtoner Abkommens und Schaffung eines neuen deutschen Arbeitszeitgesetzes erhoben wird, so ist diese Forderung sowohl vom deutschen Standpunkt wie von dem Grundsatz internationaler Verständigung aus durchaus gerechtfertigt. Die heute geltende Arbeitszeitverordnung konnte nur erlassen werden unter Auswirkung der durch das Inflationstief und der Erschütterung des gemeinschaftlichen und sozialpolitischen Einflusses; sie ist auch vom Reichsarbeitsminister Traums mehr als einmal als eine „Nothverordnung“ gekennzeichnet worden. Die heutige wirtschaftliche Situation aber ist anderer Art. Aus Zusammenbrüchen und Umstellungen heraus sucht die Wirtschaft heute wieder nach einer festen und konsolidierten Grundlage ihrer Entwicklung. Gerade in dieser Situation ist auch die Konsolidierung der Grundlagen des Arbeitsverhältnisses um so wichtiger. Die Arbeiterschaft will an dem Neuaufbau der Wirtschaft in jeder Weise mitwirken, aber sie wird nicht zulassen, daß Umstellungen der kapitalistischen Wirtschaft mit einem Raubzug an den Kräften des Volkes begahnt werden. Außerdem können die deutschen Arbeiter für sich im Anspruch nehmen, daß aus der Praxis und auch aus wissenschaftlichen Untersuchungen heraus der Nachweis erhöhter Arbeitsintensität und Leistung bei Verkürzung der Arbeitszeit erbracht worden ist. Die Einwände des Unternehmertums, daß Bindungen sozialpolitischer Natur, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigen, sind so alt wie die Sozialpolitik selbst. Sie sind durch die Entwicklung stets widerlegt worden. In diesem Zusammenhang sind auch die Lohnkonflikte zu betrachten, die in letzter Zeit stark in den Vordergrund getreten sind. Ganz allgemein bedeuten geringe Löhne natürlich immer eine Gefahr für die Einhaltung verkürzter Arbeitszeit. Um das zum Leben notwendige zu verdienen, wird diese und jene Arbeitergruppe gezwungen sein, Ueberstunden auf sich zu nehmen. Hier könnte die Festlegung des Arbeitstages eine starke Gegenwehr sein. Sie befähigt diesen sozialen Kampf, indem sie das Arbeitsverhältnis von dem Kampf um die Lohnhöhe befreit. Von dem Kampf um die Lohnhöhe kann es dagegen auf gesetzlichem Wege nicht befreit werden.

Die deutsche Wirtschaft, vor große Umstellungen und Aufgaben gestellt, hat ein Interesse daran, alle Erschütterungen der Produktion auszufüllen, die zu vermeiden sind. Als ein Mittel zu diesem Ziel setzen die Gewerkschaften in erster Linie die Schaffung eines Gesetzes über den Achthundentag an. Wenn dieses Gesetz im Rahmen eines allgemeinen Arbeitszeitgesetzes erlassen werden soll, wie der

Fememord?

D. Berlin, 15. Dezember. (Eigener Funkdruck.) Im Sozialwissenschaftlichen Klub in Berlin sprach am Montagabend vor einem geladenen Kreise der Autor der aufregenden „Weltbühne“-Artikel (die wir auszuschnitten wiedergaben. Red. d. D. V. H.) über die Fememorde. Er teilte bei dieser Gelegenheit einen neuen Fall mit, von dem anzunehmen ist, daß auch hier ein Fememord vorliegt. Es handelt sich um einen 35-jährigen Bader aus Frankfurt a. M., namens Legener, der auf Veranlassung eines Leutnants Weichmann und eines Oberleutnants Butschinski in die Schwarze Reichswehr eingetreten war. Seit Februar 1923 ist Legener verlos verschwunden. Seiner Mutter wurde erklärt, er sei unter dem Verdacht einer Mordtat in die Front geschickt worden und werde hoffentlich gefasst. Als später die Mitteilungen von den Fememorden durch die Öffentlichkeit gingen, wurde die Mutter ruhig. Es wurden dann Privatermittlungen angestellt. Das Artilleriekommando in Nützerboer erklärte, man könne sich der Sache jetzt nicht mehr erinnern, glaube aber, daß Legener zum Arbeitskommando des Wehrkreises 3, also zu dem bekannten Oberleutnant Schula, geschickt worden sei. Andere Ermittlungen ergaben, daß von Nützerboer aus eine Abteilung auf das Gut Weichmann eines Grafen Dohna in der Nähe von Weieritz im Dezember 1923 geleitet wurde. Es ist jedoch vorerst nicht erweislich, ob Legener zu dieser Abteilung gehörte. Festgestellt werden konnte aber inzwischen, daß ein Unteroffizier Legener damals erzählt hat, in Weichmann seien „schlimme Dinge passiert“. Einer der mit den Fememorden befaßten Untersuchungsrichter soll, als ihm der Fall mitgeteilt wurde, mit dem Vermerken abgelehnt haben, man müsse abwarten, ob die Mutter ihren Sohn noch nicht als vermißt gemeldet habe! Der Schwager des vermißten Legener wurde, als sie um die Auffindung der Angelegenheit bemühte, von einer unbekanntem Seite gedroht, sie solle mit den Nachforschungen nach ihrem Bruder, dem es „gut gehe“, aufhören.

Es dürfte jetzt Sache der Polizei sein, zu diesen Ermittlungen Stellung zu nehmen und zu erklären, wie weit der Fall Legener bereits geklärt ist.

Jeder von den Lumpenhunden wird vom zweiten abgetan.

D. Berlin, 15. Dezember. (Eig. Funkdruck.) Einer Ermittlung des Untersuchungsrichters im Landgericht Landauern an der Warthe zufolge, ist der berühmte Henschelbacher Schläger schon 1924 einem Morde zum Opfer gefallen. Ein renommierter Kriminalist dafür liegt jedoch bisher nicht vor. Die Ermordung der Verätzte hängt sich auf einen neuen Leichnam in

Mecklenburg, bei dem es sich zweifellos um einen Fememord handelt. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß es tatsächlich die Leiche Böhmsch ist, obwohl nach Ansicht der Gerichtsbürokrate der Mord schon im Jahre 1923 verübt wurde. In unterrichteten Kreisen spricht man davon, daß Böhmsch von Klapprott, dem nicht minder berühmten Fememörder, erschossen worden ist. Auch der Name Böhmsch wird in diesem Zusammenhang wieder genannt. Dem Fememörder der Böhmsch werden mindestens zwei Dutzend Morde zur Last gelegt.

Was geschieht mit den böstischen Abgeordneten?

Amlich wird mitgeteilt: An dem Prozeß gegen den wegen Mordes zu 8 Jahren Gefängnis verurteilten Grütze-Lehder hat der Angeklagte Angaben über ein angebliches Mordkomplott gegen den Minister Severing und außerdem über angebliche Neugierinnen der böstischen Abgeordneten Ruhe und Wulle gemacht. Die Staatsanwaltschaft hat sich bereits mit der Prüfung der Sache befaßt und wird auch die Frage prüfen, ob die Angelegenheit dem Oberreichsanwalt vorzulegen sei.

Berschleppung der Erwerbslosenhilfe

D. Berlin, 15. Dezember. (Eig. Funkdruck.) Amlich wird gemeldet: Die vom Reichstag beschlossene Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung befragt noch der Verhandlung mit dem Reichsrat. Diese Verhandlung ist mit der größten Beschleunigung angefertigt worden, so daß es möglich sein wird, die Erhöhung bereits mit dem 21. Dezember 1925 in Kraft treten und noch vor Weihnachten den Erwerbslosen zugute kommen zu lassen. Die gewünschte Erhöhung vom 15. Dezember an war begrifflicherweise nicht möglich, da bis zu diesem Termin die notwendigen Verhandlungen mit dem Reichsrat sich nicht hatten ermöglichen lassen.

Die Art, wie die Reichsregierung — und nur sie allein trägt die Verantwortung für diese Maßnahme — die Anzahl der erhöhten Erwerbslosenunterstützung hinaus verzögert, ist eine unerhörte Eigenmächtigkeit. Die widerbricht in jeder Beziehung dem Willen des Reichstages, der zweifelsfrei eine sofortige Durchführung der von ihm beschlossenen Maßnahmen wünscht. Die Verzögerung auf den Reichsrat wirkt lächerlich. Der Reichsrat wäre durchaus in der Lage, die Zahlung rückwirkend zu bewilligen. Im übrigen ist gar nicht einzusehen, weshalb ein Beschluß des Reichsrates nicht vor dem 15. Dezember herbeigeführt werden könnte. In anderen Fällen hat man es sehr wohl verstanden, eine Sitzung des Reichsrates an gleichen Tage herbeizuführen, an dem der Reichstag ein Gesetz verabschiedet hat. Die Reichsregierung zeigt durch ihr Verhalten nur, daß ihr die Hilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen viel weniger wichtig sind als andere. (siehe. Es ist der Geist Dr. Antbers, der aus diesem Verhalten spricht.

12
markt
mills
menben
mlerem
25
75
50
75
50
75
50
9, 1
II
4 Uhr
is
EZ.
aus.
v. 35
ufu
d.
Dante
alte Rech.
Lungen
en
es
anwält
Fabelle
ungen
ade 14
fo
enscht
eblich 10
Recep
fäntlich
no
rale
ni
eng
zu
Abho
preise
D. Mealy
D. Beck
wars
de 12, 1